

Landtag aktuell

15. Juni 2011

Debatte über NÖ Landesbudget 2012

Ausgaben 7,57 Mrd. Euro – Einnahmen 7,72 Mrd. Euro

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 10 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zur Beratung des Landesvoranschlages 2012 zusammen. Das Budget 2012 sieht Ausgaben in Höhe von 7,57 Milliarden Euro und Einnahmen in Höhe von 7,72 Milliarden Euro vor.

Abgeordneter Mag. Kurt Hackl (VP) referierte als Berichterstatter zum **Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2012**.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka (VP) betonte in seiner Budgetrede, es gelte, wohlüberlegte, ausgewogene und tragfähige Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger im Land zu treffen. Dies sei das Ziel in Niederösterreich, denn hier würde man das große Ganze im Auge behalten. Ein Budget sei zu behandeln wie es ein Kapitän eines Schiffes auf hoher See mache, der von der Kommandobrücke aus den Überblick habe. Vertrauen, Kontinuität und Verlässlichkeit seien die Ruder für einen stabilen Kurs des Landes. In einem kurzen Rückblick erinnerte Sobotka u. a. an die Hochwasserkatastrophe des Jahres 2002, an die Übernahme der Gemeindespitäler durch das Land und an die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 sowie an die damit verbundenen vier Konjunkturpakete mit einem Gesamtvolumen von 880 Millionen Euro. Das Land Niederösterreich könne heute mit einem AAA-Rating die beste Bonitätsstufe vorweisen und stehe stabil und sicher da. Auf dem Weg in die Zukunft lasse man sich nicht

irritieren, denn Veränderungen dürften nicht passieren, sondern müssten aktiv gestaltet werden. Dass der Kurs des Landes stimme, zeigten auch die wirtschaftlichen Daten und die Stimmung im Land. Er meinte, das dynamisch wachsende China verschiebe langsam die Gewichtungen auf der Welt. Generell sei das Wirtschaftsgefüge auf internationaler Ebene in den letzten Jahren instabiler geworden. Hingegen habe sich die österreichische Wirtschaft von der Wirtschafts- und Finanzkrise gut erholt und werde im laufenden Jahr um 2,5 Prozent wachsen. Dieses positive Bild in Österreich werde aber auch von gewissen Risiken auf internationaler Ebene beeinflusst. Aus diesen Gründen setze Niederösterreich das Netto-Defizit des laufenden Budgets 2011 und des Budgets 2012 auf Null. Zusätzlich würde Niederösterreich im Jahr 2012 einen Überschuss von 150 Millionen Euro erzielen, der zur Schuldentilgung verwendet werde. Dies alles werde durch den Verkauf eines Teiles der Veranlagungen ohne Einschnitte oder Kürzungen für die Bürger umgesetzt. Zudem werde das Land weiterhin in die Wissenschaft investieren, was hochqualitative Arbeitsplätze in der Zukunft sichere. Gerade das IST Austria habe erst kürzlich beste Zeugnisse von international anerkannten Experten bekommen. Auch die Donau-Universität Krems und die NÖ Fachhochschulen würden ungeheuren Zuspruch finden. Gleichzeitig könne Niederösterreich den Bürgerinnen und Bürgern die Mindestsicherung anbieten, die Pensionen anpassen und die Mittel für die Kindergärten und Sozialaufgaben zur Verfügung stellen. Weitere Schwerpunkte seien die Entwicklung der E-Mobilität oder der Bereich Kultur mit dem internationalen Kulturschauplatz Grafenegg oder den Vorstellungen des NÖ Theatersommers. Die Veranlagungen der Wohnbaugelder hätten bisher 1,2 Milliarden Euro in die Budgets fließen lassen.

Generaldebatte

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, es sei fraglich, wie man sich im Land Niederösterreich die vielen Prestigeprojekte und den Ausbau der Landesstraßen noch leisten könne. Die nunmehr geplanten einmaligen Einnahmen für das Budget könnten über diese schwierige finanzielle Situation des Landes nicht hinwegtäuschen. Der Verkauf der veranlagten Wohnbaugelder in der Höhe von 392 Millionen Euro sei nur ein Einmaleffekt für das Landesbudget. Die Pro-Kopf-Verschuldung belaufe sich in Niederösterreich mittlerweile auf 2.373 Euro. Besonders der Bildungsbereich, der Klimafonds und der öffentliche Verkehr seien unterdotiert.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, dieser Haushaltsvoranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2012 biete keine Antwort auf die Probleme im Bereich der Familien, der Jugend und der Kriminalität. Überdies zeige der Budgetentwurf keine Lösungen für Pendler und Kleinstunternehmen auf. Nur durch einen Zugriff auf ersparte Rücklagen sei heuer und im nächsten Jahr ein ausgeglichenes Budget möglich. Weiters kritisierte Waldhäusl die Kürzungen bei Behinderten- und Versehrten sport, die geringe Budgetierung des Zivilschutzverbandes sowie der Rettungshubschrauber und Notarztwagen.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) vertrat die Ansicht, die Rechnungsabschlüsse und die Budgets hätten in den letzten Jahren keineswegs übereingestimmt. Das vorgelegte Budget sei aus seiner Sicht nicht nachhaltig, das „Anzapfen der Landesreserven“ ein Paradigmenwechsel. Dieser „Marketing-Gag“ ermögliche ein Operieren mit dem Begriff Nulldefizit. Die Schulden hätten sich nahezu verdoppelt, viele Förderungen seien wieder zurückgenommen worden. Das sei „weder vorausschauend noch solide“. Im Bereich öffentliche Verwaltung, Gebietskörperschaften, Pflege etc. müsse es strukturelle Reformen geben. Dass es in der SP nur Miesmacher und Skandalisierer gebe, wei-

se er entschieden zurück. Die SP werde nicht generell alles ablehnen, sondern wiederum selektiv vorgehen: In den Gruppen 0, 4, 5, 6 und 8 werde man in vielem, aber nicht allem zustimmen, in den Gruppen 1 und 2 voll zustimmen, den Gruppen 3, 7 und 9 sowie dem Dienstpostenplan und dem Gesamtbudget werde man nicht zustimmen.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) betonte, Glaubwürdigkeit sei die Prämisse des Handelns der VP. Die Niederösterreicher wüssten, dass der Budgetvoranschlag 2012 wie schon in den letzten Jahren und Jahrzehnten sozial, gerecht und ausgewogen sei. Niederösterreich habe das AAA erreicht, halte den Stabilitätspakt ein und habe keine ausgelagerten Schulden. Damit komme man dem Ziel einer sozialen Modellregion wieder einen Schritt näher. Das größte Wirtschaftswachstum aller Bundesländer, eine seit 14 Monaten sinkende Arbeitslosenrate und der Höchststand an unselbstständig Beschäftigten seien die besten Beweise für die gute NÖ Finanzpolitik. Die NÖ Budgetpolitik sei streng und vorausschauend, vereine konsequentes Sparen und effizienten Einsatz der Mittel. Aus dem „niederösterreichischen Sparbuch“ werde zu einer Zeit, in der das sinnvoll sei, Geld entnommen und investiert, um die Schulden zu verringern. 3,9 Milliarden Euro Schulden seien sehr viel, dazu stehe man auch. Dem stünden aber 7,5 Milliarden Euro Barvermögen gegenüber. Das bedeute, dass jeder Landesbürger ein Guthaben von 2.300 Euro habe. Kein anderes Bundesland könne das aufweisen. Er meinte in Richtung FP, dass diese sich mit Angstmache und durch das Setzen auf negative Gefühle selbst disqualifiziere. Zur SP meinte er, dass diese innerhalb des Landtages Zusammenarbeit imitiere, außerhalb des Hauses aber eine „Lügenpolitik“ zum Tragen komme. Als Beispiele nannte er u. a. eine Plakatkampagne gegen Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka oder auch die Schädigung der ecoplus bzw. Helmut Miernickis. So gesehen sei er, Schneeberger, „gar nicht unglücklich, dass die VP das Budget allein beschließt“. So würden die Menschen sehen, wer in Niederösterreich gewillt sei, Verantwortung zu übernehmen. Der Budget-

voranschlag zeige die Fortsetzung eines sozialen, gerechten und ausgewogenen Weges. Seine Fraktion werde diesem Voranschlag mit Freude zustimmen.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meldete sich nochmals zu Wort und nahm zu den Ausführungen seines Vorredners Stellung: Er merkte an, dass diese Art der Auseinandersetzung mit der Budgetdebatte in keinem inhaltlichen Zusammenhang stehe. Auch könne sich die VP „nicht aussuchen“, mit wem sie rede und mit wem nicht. Es sei problematisch, ständig von „Lügen“ zu reden, wenn selbst eine beglaubigte Unterschrift eines Notars nicht zur Kenntnis genommen werde. Man sollte wieder zu einer vernünftigen Art des Dialoges zurückkehren.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) meinte, dass man der Person Miernicki sowie der Organisation ecoplus „viel angetan“ habe. Wer nicht kooperativ sei, solle sich zurückziehen.

Spezialdebatte

Gruppe 0

Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

In der Gruppe 0 sind Ausgaben von 718,04 Millionen Euro und Einnahmen von rund 93,07 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meinte, dass man hinsichtlich der Partnerschaft von Land und Gemeinden auf ein solides Fundament bauen könne. So sei Niederösterreich in vielem besser als der Bundesdurchschnitt, beispielsweise zeige sich dies bei den Ertragsanteilen. Man setze weiterhin auf die Partnerschaft mit dem Land; nur mit dem Land gemeinsam habe etwa der Bund bewegt werden können, für die Pflegefinanzierung enorme Mittel aufzubringen. Man sei offen für alle Diskussionen und verlange eine faire Darstellung der Datenlagen der niederösterreichischen Gemeinden.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) sagte, dass Bedarfszuweisungsmittel dort einen Bedarf zuweisen, wo er ist. Es gelte jene zu unterstützen, denen die eigene Kraft fehlt. Er verstehe nicht, wo SP-Gemeinden eine Benachteiligung erfahren würden – rote Gemeinden würden nicht im Stich gelassen, denn es gehe um die Bevölkerung. Er forderte „Solidarität“ sowie das Bekenntnis zur Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden ein, Niederösterreich lebe diese Partnerschaft in guter Art und Weise.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, die weltweite Unsicherheit dürfe nicht Hauptinhalt dieser Budgetdebatte im NÖ Landtag werden. Nicht der Aufbau von Feindbildern, sondern die Frage, was das Land in Zukunft brauche, müsse Schwerpunkt der Haushaltsdebatte sein. Auch die Höhe der Vermögenswerte des Landes sollte in die Unterlagen zum Budget einfließen. Gerade im Bereich des Landesbudgets seien Transparenz und Kontrolle wichtig. Die NÖ Regierungsparteien FP, SP und VP würden laufend wechselseitige Anwürfe aussprechen, kritisierte Petrovic das aktuelle Regierungsmodell

in Niederösterreich. Überdies werde das Fragerecht der NÖ Landtagsabgeordneten regelmäßig verletzt, so Petrovic.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) sagte, in schwierigen Zeiten wie diesen müsse beim Gemeindebudget vielfach auf die Partnerschaft mit dem Land Niederösterreich gesetzt werden. Mittlerweile gebe es in Niederösterreich viele gute Gemeindekooperationen, wie beispielsweise bei Musikschulen oder Betriebsansiedlungen. Große Einheiten seien aber nicht zwingend billiger als viele kleine Kommunen. Das Land Niederösterreich unterstütze daher die Zusammenarbeit von Gemeinden, wenn es Synergieeffekte gebe.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FPÖ) kritisierte die hohe Abgabenquote von 50 Prozent bei „immer weniger Leistungen durch die öffentliche Hand“. Auf Grund der „immer teurer werdenden Müllentsorgung“ würde immer mehr Müll in den heimischen Wäldern abgelagert werden. Um dies zu verhindern, seien in Zukunft öffentliche Zuschüsse für Müllverbände notwendig. Überdies müsse das vorgelegte Landesbudget komplett neu aufgeschnürt werden und Kürzungen bei Kultur und Repräsentationskosten vorgenommen werden.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) erklärte, es gebe einen Wendepunkt im Umgang mit den Ressourcen, wovon besonders die Gemeinden betroffen seien. Energieeffizient und energieautonom zu leben und zu wirtschaften, werde für jede Gemeinde immer wichtiger. Niederösterreich verfolge dabei das Ziel, bis zum Jahr 2015 rund 100 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbarer Energie zu gewinnen. Der Schlüssel, um diese Aufgabe zu erreichen, sei die gute Kooperation von Land und Kommunen. Gemeinden seien gute Berater und würden die Bürger zur Mitarbeit motivieren. Um diese Entwicklung zu stärken, habe das Land Niederösterreich das Energiegemeindepaket gestartet, wo alle Angebote des Landes und der landesnahen Organisationen aufgelistet seien.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) bezeichnete es als „große Errungenschaft“, dass die Landesumlage in Niederösterreich seinerzeit abgeschafft wurde, was zu einer Entlastung der Kommunen geführt habe. Bei der Vergabe der Bedarfszuweisungen, seien mehr Transparenz und bundesweit einheitliche Kriterien notwendig. Dabei gehe es um Strukturhilfemaßnahmen, um die Finanzkraft jeder Kommune und ausgeglichene Gemeindebudgets. Generell habe die Wirtschaftskrise die Gemeindehaushalte sehr stark betroffen. Für heuer seien aber wieder höhere Einnahmen zu erwarten. Ein **Resolutionsantrag** fordert die Einleitung eines Diskussionsprozesses zur Verwaltungsreform. Eine Zusammenlegung von Gemeinden ohne Zustimmung der Menschen und Kommunen komme für ihn nicht in Frage. Ein weiterer **Antrag** fordert eine getrennte Abstimmung zu drei Untergruppen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) betonte, keine Gemeinde werde gezwungen, Gebühren zu erhöhen. Bei Einsatz öffentlicher Mittel sei allerdings zu verlangen, dass die Gebühren kostendeckend seien. Die Gemeinden gehörten nach wie vor zu den größten Investoren der öffentlichen Hand. Einem Legislativ-Föderalismus im Rahmen einer Gesamtreform stehe er positiv gegenüber. Er forderte u. a. entsprechende rechtliche Voraussetzungen für Gemeindekooperationen, einen aufgabenorientierten Finanzausgleich, eine Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels sowie eine Ausgaben- und Aufgaben-Reform.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) bezog sich auf die EU-Regionalpolitik: Für jeden Euro, der nach Brüssel überwiesen wurde, seien drei Euro an Förderungen für Niederösterreich lukriert worden. Damit seien insgesamt 5.500 Projekte umgesetzt worden, die 42.000 Arbeitsplätze gesichert und 13.000 neu geschaffen hätten. Der Beitritt zur EU habe sich für Niederösterreich sehr positiv ausgewirkt. Dieser Weg müsse auch im Budget erfolgreich fortgeführt werden.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach von einem "Schmäh". Geldvermehrung habe nie stattgefunden und werde nie stattfinden. Über die wirklichen Probleme der EU werde nicht gesprochen. Die EU habe in vielen Bereichen versagt, etwa bei der Grenzsicherung, bei den Stresstests für Atomkraftwerke, bei der Gentechnik etc. Die EU sei in Wahrheit finanziell, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch gescheitert.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) erinnerte an die Belastungen zur Zeit des Eisernen Vorhangs. „Gott sei Dank“ sei die EU nicht gescheitert. Es gebe keine Alternative zum Friedensprojekt Europa. Es sei wichtig, bei Vereinen, Freiwilligeneinrichtungen, Schulen, Kindergärten, im Gesundheitsbereich u. a. auf grenzüberschreitende Kooperationen zu setzen. Er wünsche sich, dass es den Kleinprojekte-Fonds nach 2013, ausreichend dotiert, auch noch geben werde.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) führte aus, die Landwirtschaft stehe ab 2014 vor großen Herausforderungen. Die Ernährungssicherheit müsse gewährleistet, die Wettbewerbsfähigkeit erhalten und die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen ermöglicht werden. Daher brauche man eine ausreichende Dotierung der Agrarmittel, aber keine höheren Auflagen.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) sprach von einer Entsolidarisierung als Hauptproblem der EU, insgesamt sei die EU aber eine Erfolgsstory. Für Niederösterreich sei der Profit nicht nur ein abstrakter, die NÖ Europapolitik funktioniere sehr gut. So sei die größte regionale Initiative Europas von Niederösterreich.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) ging speziell auf das LEADER-Programm und damit auf eine EU-Förderschiene ein. Niederösterreich verfüge über 18 LEADER-Regionen, eine Halbzeitbilanz habe ergeben, dass bereits 3.000 einzelne Projekte bewilligt und 114 Millionen Euro Fördermittel zugesagt worden seien. Niederösterreich sei damit in einer Vorreiterrolle. Man könne sehr positiv von LEADER profitieren

und zusätzliche EU-Mittel ins Land bringen, entsprechend Erfolgreiches sollte beibehalten werden.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) führte aus, dass seine Fraktion sich für ausgabenseitiges Einsparen ausspreche. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Antrag** betreffend Einsparung bei Verwaltung und Repräsentation der Landesregierung ein. In einem weiteren **Antrag** gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen forderte er, dass jährlich ein Bericht über die Repräsentationsausgaben an den Landtag übermittelt werden sollte.

Abgeordneter Dr. Martin Michalitsch (VP) bezeichnete die Verwaltung in Niederösterreich als Erfolgsgeschichte. Es gebe in der Hoheitsverwaltung viele schlanke Bereiche. Die Verwaltung sei ein Standortgarant, sichere den Wirtschaftsstandort und sei zudem Partner der Gemeinden beim Vollzug. Niederösterreich habe hier seine Hausaufgaben gemacht.

Abgeordneter Otto Kernstock (SP) ging auf den Konsumentenschutz in Niederösterreich ein und brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass in diesem Bereich das Budget für 2012 deutlich erhöht worden sei. Die Kontrolloren würden sich mit Lebensmittelkontrolle, Preismonitoring sowie Trinkwasserkontrollen befassen, Landeshauptmann-Stellvertreter Leitner und seine Teams würden sich hier deutlich einsetzen – beispielsweise mit Telefonsprechtagen, Kooperationen mit Arbeiterkammer oder Vereinen, Vorträgen oder auch Infotalks.

Abgeordnete Ingeborg Rinko (VP) merkte an, dass die niederösterreichischen Städte und Gemeinden bemüht seien, ihrer Bevölkerung die bestmöglichen Lebensbedingungen anzubieten. Die Zusammenarbeit mit dem Land funktioniere gut, die Zusammenarbeit mit den Magistraten sei positiv hervorzuheben. Besonders gute und intensive Kooperation gebe es beispielsweise im IT- oder Veterinärbereich.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, dass 2009 etwa rund 172.000 Anzeigen gegen Lenker aus dem Ausland nicht weiter verfolgt seien. Er ortete hier straffreies Rasen sowie eine straffreie Gefährdung der Sicherheit auf Österreichs Straßen. Gemeinsam mit den Abgeordneten Michalitsch und Razborcan brachte er einen **Antrag** betreffend Sicherstellung der Verfolgung von Verwaltungsstrafsachen mit Auslandbezug ein.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) widmete sich den Themen Energieeffizienz und Senkung der Betriebskosten in Verwaltungsgebäuden. Es gebe in diesem Zusammenhang klare Ziele für die Zukunft, aktuell gebe es in Niederösterreich etwa 32.000 green jobs sowie den Einsatz von Biomasse, Sonnenenergie, Photovoltaik etc. Dabei gehe es auch um Einsparungspotenziale und realisierte Effizienzsteigerungen im Regierungsviertel in St. Pölten. Auch bei Wärme und Wasser seien Einsparungen anzustreben, da aktuell die Energiesteigerungen bei jährlich rund 2 Prozent liegen. Im Moment werde gerade die Bezirkshauptmannschaft Horn um 17 Millionen Euro umgebaut, wobei auf die Steigerung der Energieeffizienz besonderer Wert gelegt werde. Die damit verbundenen Mehrausgaben würden sich innerhalb von 15 Jahren amortisieren.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) berichtete zum Tierschutzgesetz. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, das Verständnis in der Öffentlichkeit für tierfreundliche Haltungsmöglichkeiten zu heben. Neben dem Schutz der Tiere gehe es beim Tierschutzgesetz auch um den Schutz der Menschen.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) meinte, im Land Niederösterreich seien wesentlich weniger Beamte in der Hoheitsverwaltung tätig als in anderen Bundesländern. Die Mehrheit der Landesbediensteten in Niederösterreich würde für die Bürger in Spitälern und Landespensionistenheimen arbeiten. Die Bürgernähe werde in den Verwaltungseinrichtungen in Niederösterreich sehr effizient praktiziert, wodurch auch Gefahren für die Bediensteten entstehen, die man nicht zur Gänze verhindern könne. Deshalb sei-

en in den Bezirkshauptmannschaften viele Einzelmaßnahmen umgesetzt worden, Alarmknöpfe eingerichtet und Schulungen durchgeführt worden, um in Zukunft kritische Situationen besser zu bewältigen. Daran merke man, dass hinter den Zahlen des Budgets auch Menschen stünden, die viel Arbeit im Interesse des Landes leisten.

In einer getrennten Abstimmung wurden die Ansätze der Gruppe 0 mit Mehrheit angenommen. Der Bereich Vertretungskörper wurde von SP und VP angenommen. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Dworak (Verwaltungsreform in NÖ), die Anträge der Freiheitlichen (Einsparung bei Verwaltung und Repräsentation der Landesregierung und Jährlicher Bericht der Repräsentationsausgabe an den Landtag) blieben in der Minderheit, der Antrag Königsberger, Michalitsch und Razborcan (Sicherstellung Verfolgung von Verwaltungsstrafsachen mit Auslandsbezug) wurde einstimmig angenommen.

Gruppe 1

Öffentliche Ordnung und Sicherheit

In der Gruppe 1 sind Ausgaben von 29,97 Millionen Euro und Einnahmen von 4,74 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) bedankte sich bei allen Sicherheitsorganisationen wie Zivilschutzverband, Rettung, Feuerwehr etc. für die erbrachten Leistungen und die exzellente Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich. Besonders in Würnsdorf und Pöggstall habe die Rettungskette bei einem Busunfall optimal funktioniert. Niederösterreich habe im ersten Quartal eine steigende Kriminalitätsentwicklung zu verzeichnen, als Gründe dafür nannte er insbesondere die neuen Formen der Kriminalität im Bereich des Internet. Überdies gebe es bei der Polizei eine Steigerung der Aufklärungsquote bei Kriminaldelikten um 2 Prozent. Das Sicherheitspaket von Land Niederösterreich und Innenministerium reiche von personellen und strukturellen Maßnahmen über die Neuaufnahme von 300 Polizistinnen und Polizisten allein für Niederösterreich bis hin zu 900 neue Einsatzfahrzeuge für die Exekutive.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) meinte, mit der Übersiedlung des Landeskriminalamtes im Jahr 2008 von Wien nach St. Pölten habe eine personelle Aufrüstung in dieser Region stattgefunden. Damit seien 250 zusätzliche Arbeitsplätze nach Niederösterreich gekommen, wodurch das Sicherheitsnetz noch enger wurde. Weitere Verbesserungen seien die Umstellung des Polizeifunks auf Digitalfunk und die grenzüberschreitenden Fahndungsmöglichkeiten.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) erklärte, die Kriminalitätsstatistik in Niederösterreich sei im Steigen begriffen, weil die Verbrechen im Land mehr werden. Besonders die Zunahme der Gewaltbereitschaft sei erschreckend. Die Vergabe von Visa an Flüchtlinge in Italien müsse zur Wiederaufnahme der Grenzkontrollen führen. Ein **Reso-**

lutionsantrag seiner Fraktion fordert die Wiederherstellung der Infrastruktur an den niederösterreichischen Grenzübergängen.

Abgeordneter Hermann **H a u e r** (VP) sprach von einem erfreulichen Rückgang bei den Einbrüchen in Einfamilienhäuser und Wohnungen. Der Rückgang der Kriminalität in Niederösterreich sei vor allem auf die engagierte Arbeit der Polizistinnen und Polizisten zurückzuführen. Die Sicherheit der Bevölkerung habe in Niederösterreich oberste Priorität. Sich wohlfühlen, heiße auch, sich sicher zu fühlen.

Abgeordneter Hermann **F i n d e i s** (SP) betonte, Sicherheit sei nicht bloß die Abwesenheit von Gefahr, sondern habe mehrere Facetten: Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit im Katastrophenfall, soziale Sicherheit etc. Die Menschen hätten Anspruch auf Sicherheit. Der generelle Trend sei auch recht erfreulich. Die Aufklärungsrate von 44,5 Prozent sei allerdings mehr als ein Wermutstropfen, und der Exekutive stünden immer weniger Beamte zur Verfügung.

Abgeordneter Hans Stefan **H i n t n e r** (VP) sagte, die EU habe mehr Sicherheit gebracht. Angeführt werde die Kriminalitätsstatistik übrigens von den Deutschen. Laut FP-Denkweise müssten daher vor allem am Walsertal wieder Grenzkontrollen eingeführt werden. Er wünsche sich Änderungen bei der Schnittstellenproblematik zwischen ortspolizeilichen Verordnungen und der Exekutive bzw. der Exekutive und der Justiz.

Klubobfrau Dr. Madeleine **P e t r o v i c** (G) vermisste beim Thema Sicherheit Aspekte wie ökologische Sicherheit, Sicherheit der Versorgung oder Bewahrung der notwendigen Mobilität. Als dramatischen Eingriff in die Sicherheit bezeichnete sie die Energieabhängigkeit von Staaten wie dem Iran. Den öffentlichen Verkehr ausdünnen, sei auch unter dem Aspekt der Sicherheit sehr problematisch. Die dramatische Steigerung der Internetkriminalität sei unhaltbar.

Abgeordneter Franz **G a r t n e r** (SP) betonte, für Wirtschaftsflüchtlinge hätten die neuen Bundesregeln zu gelten. Eine rasche Abwicklung der Asylverfahren sei sehr wichtig.

tig, Integration müsse von beiden Seiten gelebt werden. In Fragen der Integration müsse aber noch sehr viel passieren.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) meinte, dass Niederösterreich gut beraten sei, in die Mitte Europas zu rücken. Denn Europa sei als Chance zu sehen und man solle Niederösterreich als einen Motor Europas betrachten. Niederösterreich profitiere von Europa.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) widmete sich dem Jahr der Ehrenamtlichen und sagte, dass Niederösterreich eine soziale Modellregion sei, in der durch die Ehrenamtlichen große Leistungen erbracht würden. Man sei Vorbild für ganz Europa. Laut der Zufriedenheitsforschung wirke sich freiwillige Hilfeleistung positiv auf das Wohlergehen und die persönliche Zufriedenheit aus.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) bezeichnete die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher als „Europameister im Freiwilligenwesen“. Österreichweit seien 43,8 Prozent der Bevölkerung bzw. 3 Millionen Menschen freiwillig aktiv, in Niederösterreich belaufe sich diese Zahl auf 47 Prozent. Man zähle hier doppelt so viele Freiwillige wie in der EU. Damit sei auch ein beachtlicher immaterieller Wert verbunden, die Lebensqualität werde hierzulande sehr gestärkt. Was die Altersgruppen betrifft, so sei die Gruppe der 30- bis 50-Jährigen am intensivsten ehrenamtlich tätig, 94 Prozent der Freiwilligen engagieren sich aus Freude ehrenamtlich.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, dass ohne die Leistungen des Freiwilligenwesens vieles nicht möglich wäre, auch das Budget des Landes sei ohne die Freiwilligen nicht möglich. Insbesondere widmete er sich den Freiwilligen Feuerwehren; den erfolgreichen Weg in diesem Bereich gelte es fortzusetzen und unterstützend auszubauen. So müsse man Antworten auf offene Fragen finden, konkret nannte er dazu die Abschaffung des AKM-Beitrags bei Veranstaltungen oder auch die Zukunft der Min-

destausrüstungsverordnung. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Antrag** betreffend Zukunftsvertrag für unsere Feuerwehren ein.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) betonte, dass die Freiwilligen einen wesentlichen Beitrag für die Gesellschaft leisten würden und sprach insbesondere die Hilfsorganisationen und die Feuerwehren an. Das flächendeckende System im Land Niederösterreich habe sich bewährt und werde entsprechend unterstützt. Als ein Beispiel dafür nannte er die Absetzbarkeit von Spenden oder den Feuerwehrführerschein für 5,5-Tonner, wobei diese Novellierung auch die Notarzwägen betreffe. Ziel sei, die Sicherheit auch in Zukunft im Land zu gewährleisten – die Freiwilligen-Organisationen könnten sich auf das Land verlassen, es gebe ein klares Bekenntnis zur flächendeckenden Versorgung auch mit kleinen Feuerwehren. Mit dem Voranschlag 2012 werde die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehren weiterhin unterstützt.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) ging insbesondere auf den Zivilschutzverband ein und meinte, dass dieser u. a. zum Selbstschutz motiviere und dadurch Einrichtungen wie den Feuerwehren die Arbeit erleichtere. Er meinte, mit Vortragsreihen in Schulen und beim Bundesheer sowie mit der Kindersicherheitsolympiade informiere der NÖ Zivilschutzverband die Bevölkerung und im Besonderen die Jugend über effiziente Selbstschutzmaßnahmen im Katastrophenfall. Dabei versuche der Zivilschutzverband mit Hilfe von Experten die Prävention in Niederösterreich voranzubringen, um im Ernstfall die Einsatzkräfte nachhaltig zu entlasten.

Die Gruppe 1 wurde mit Mehrheit angenommen. Die Resolutionsanträge der Freiheitlichen (statt Ausverkauf sofortige Wiederherstellung der Infrastruktur an NÖ Grenzübergängen sowie Zukunftsvertrag für unsere Feuerwehren) blieben in der Minderheit.

Gruppe 2

Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

In der Gruppe 2 stehen Ausgaben von 1.350,46 Millionen Euro Einnahmen von 1.017,97 Millionen Euro gegenüber.

Zweiter Präsident Mag. Johann H e u r a s (VP) meinte, von den ganz Kleinen im Kindergarten bis zu den Erwachsenen bei der Weiterbildung biete das Landesbudget viele Perspektiven und Vorhaben für die Zukunft. Im nächsten Schuljahr müsse Niederösterreich insgesamt 400 Dienstposten für Lehrer in niederösterreichischen Schulen aus dem Landesbudget bezahlen. Dies sei auf Grund der kleinräumigen Schulstruktur im ländlichen Raum, dem Ausbau der Neuen Mittelschule und einer nur in Niederösterreich gültigen Klassenschülerhöchstzahl von 25 Schülern pro Klasse notwendig geworden. Eine weitreichende Bildungsreform in Österreich sei nur zusammen mit den Lehrern und den Schulen möglich, wobei man alle Beteiligten motivieren müsse, die Talente, Begabungen und Eignungen der Schüler zu fördern.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, dass in Niederösterreich bei der Bildungspolitik immer die Parteipolitik im Vordergrund stehe. Anstatt in Familie und Bildung zu investieren, werde in Niederösterreich in den Jahren 2011 und 2012 ein ausgeglichenes Landesbudget „vorgetäuscht“. Wichtig sei, eine Bildungsreform und die vielen Schulversuche nicht auf dem Rücken der niederösterreichischen Kinder auszutragen. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen drei **Anträge** ein: Abschaffung der Landes- und Bezirksschulräte, Deutsch nicht nur Unterrichtssprache sondern Schulsprache bzw. Nein zu Türkisch als Maturasprache.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete über die NÖ Kindergärten und die Nachmittagsbetreuung in Niederösterreich. Auf Grund umsichtiger Budgetmaßnahmen bleibe in Niederösterreich der Kindergarten auch vormittags gratis und am Nachmittag für

die Familien leistbar. Kindergärten seien in Niederösterreich Orte der Bildung, wo mittlerweile auch Englisch, Slowakisch und Tschechisch gelernt werde. Über eine 15a-Vereinbarung werde nun der Ausbau der ganztägigen Betreuung für Kinder in Niederösterreich forciert.

Klubobmann Mag. Günther **L e i c h t f r i e d** (SP) erklärte, seine Fraktion werde dieser Budgetgruppe zustimmen. Frischer Wind sei in der NÖ Bildungslandschaft eingekehrt, da es auf Bundesebene gelungen sei, den Stillstand und die Blockadepolitik aufzuheben. Die Neue Mittelschule in Österreich werde etwas anders geführt als in anderen Bundesländern. Ausgangspunkt für die VP sei ein eigenes Schulmodell gewesen, danach sei man aber von der Realität überholt worden, so dass Niederösterreich jetzt ein Jahr hinten sei. Die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen sei keine Nivellierung nach unten. Es gehe um Chancengleichheit, Bildung auf möglichst breiter Basis und einen mündigen, selbstbestimmten Bürger. Im Bereich der Forschung und Entwicklung sei zuletzt in Niederösterreich sehr viel Positives passiert. Eine Verstrickung in Privatunis sei aber nicht der beste Weg.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) sagte, die VP gebe der SP-Ministerin die Schuld und in der Koalition herrsche Stillstand. Man müsse aber jetzt kompromisslos die Weichen stellen, das beinhalte auch qualifizierte Bildungsmanager an den Schulen. Das Festhalten an der AHS-Unterstufe müsse zugunsten der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen aufgegeben werden. Parallelstrukturen gehörten weg. Auch in einer Einheitsschule sei Vielfalt möglich. Die Loslösung der Wissenschaft und Forschung von der Kultur sei sehr positiv.

Abgeordnete Marianne **L e m b a c h e r** (VP) sprach zu den Berufsschulen: In den 20 NÖ Berufsschulen würden 16.600 Burschen und Mädchen unterrichtet. Das Land sei sich der Wichtigkeit dieser Einrichtung bewusst. 2007 und 2009 seien diesbezügliche Ausbauprogramme beschlossen worden. Auch die Standorte der Wirtschaft zugänglich

zu machen, sei ein großes Anliegen. In den Landwirtschaftlichen Fachschulen würden ebenfalls neue Wege gegangen.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) beklagte, dass das Militärrealgymnasium und das Bundesrealgymnasium für Berufstätige an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt von der Schließung bedroht seien. Das Kostenargument sei in diesem Zusammenhang „lächerlich“. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert dementsprechende Bestandsgarantien.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) widmete sich dem Thema Kinderbetreuung. Nach den Errungenschaften der letzten Jahre gebe es dennoch noch sehr viel zu tun. Bei der Kleinkinderbetreuung sei man vom Barcelona-Ziel noch sehr weit entfernt. Niederösterreich sei zwar auf dem richtigen Weg, der Zugang zur Bildung müsse aber für alle kostenlos und gleich sein. Sie meinte, dass es immer noch an Kinderbetreuungseinrichtungen, insbesondere für die unter Dreijährigen, fehle.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) merkte zunächst an, dass Niederösterreich seit Jahren den Gratiskindergarten anbiete. Im Zusammenhang mit dem Thema Schule forderte er die SP auf, für die flächendeckende Mittelschule einzutreten. Man wolle im ganzen Land ein breit gefächertes Schulangebot haben, Talente fördern und Leistungen anerkennen. Der Erfolg gebe Niederösterreich Recht.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) widmete sich dem Thema Sport und meinte, dass dieser stark von den Leistungen der Freiwilligen geprägt sei. Zudem sei Sport mit Prävention im Gesundheitsbereich gleichzusetzen und gebe auch wirtschaftliche Impulse. In Niederösterreich seien viele SpitzensportlerInnen vorzufinden.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) betonte ihrerseits den hohen Stellenwert des Sports in Niederösterreich, mit dem aktuellen Budget habe man eine weitere Grundlage dafür geschaffen, dass Gemeinden und Vereine ihre diesbezüglichen Anstrengungen entsprechend fortsetzen können. Im Jahr der Freiwilligen dürfe nicht auf die TrainerInnen

und Warte vergessen werden. Auch Onodi unterstrich den Gesundheitsaspekt des Sportes und die Wichtigkeit von Sport für Menschen mit Behinderungen. Durch das neue Stadion in St. Pölten werde Niederösterreich künftig auch zum Fußballland werden. Zuletzt wies sie auf die Unterstützung hin, die hierzulande Sporthauptschulen zuteil werde.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) erläuterte, dass für Sport in Niederösterreich 13,5 Millionen Euro zur Verfügung stünden. Internationale Bewerbe würden zeigen, dass Niederösterreich an der Weltspitze vertreten sei. Man sei stolz auf die SpitzensportlerInnen und der Breitensport müsse breit beworben werden. Das Sportland setze sowohl im Sommer als auch im Winter auf gezielte Aktionen, wie etwa Nightskating, das Lehrlings-sportfest, die Bädertour oder auch Running Kids beweisen würden. Über 300 Sportvereine in Niederösterreich würde mehr als drei Millionen Euro Fördergeld pro Jahr erhalten, dies sei auch eine Arbeitserleichterung für viele Freiwillige, wobei in diesem Bereich pro Verein durchschnittlich 20 Ehrenamtliche zu registrieren seien.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) widmete sich in ihren Ausführungen den Wissenschaftsstandorten Krems und Tulln. Diese beiden stünden für einen konsequenten Ausbau im wissenschaftlichen Bereich. Zum Standort Krems hielt sie unter anderem fest, dass am Campus bereits 7.000 Studierende zu finden seien, die Donau-Universität im Oktober ihr 15-jähriges Jubiläum feiere und über 150 Lehrgänge und fünf Fakultäten zu verzeichnen seien. Sie sprach auch die Filmgalerie und die neue Privatuniversität an, und merkte an, dass durch die Wissenschaftsstandorte auch wirtschaftliche Impulse ausgelöst würden. Man erwarte sich in Krems auch einen qualitativen Sprung in der Gesundheitsversorgung und -forschung.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) kam auf die Forschungsachse zu sprechen, die in den vergangenen Jahren in Niederösterreich installiert wurde. Im Speziellen ging er auf zwei Standorte dieser Achse, Klosterneuburg und Tulln, ein. Er informierte über die Entstehungsgeschichte des ISTA in Klosterneuburg, dem kürzlich von einer internati-

onalen Jury ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt worden sei. Forschung werde hier seit 2009 betrieben, derzeit seien vor Ort Laborgebäude in Bau, für den weiteren Ausbau seien noch 46 Millionen Euro vorgesehen, Wohnungen und ein Betriebsansiedlungsgebiet sollen noch entstehen. Am Universitäts- und Forschungszentrum Tulln sei man derzeit mit der Übersiedlung diverser Institutionen beschäftigt, ab August dieses Jahres solle ein Vollbetrieb möglich sein. In Zukunft sollen hier mehr als 500 ForscherInnen tätig sein. Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) sprach über das Bildungsangebot in den Regionen des Landes, speziell im Waldviertel. Der Zugang zur freien Bildung müsse ohne soziale und regionale Barrieren gegeben sein. Die Aufgabe sei, für ein vielfältiges Bildungsangebot in allen Regionen zu sorgen. Er sprach sich daher für ein breites Spektrum an technischer Ausbildung, auch im Waldviertel, aus. Der Bedarf an technisch ausgebildetem Personal sei groß. Er brachte daher gemeinsam mit Klubobmann Waldhäusl einen **Resolutionsantrag** betreffend Schaffung eines Bildungsmix für die Region Waldviertel ein.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) betonte, das Land Niederösterreich habe starke Initiativen im Bereich Weiterbildung und Forschung gesetzt. Eine zentrale Rolle am Bildungsstandort Niederösterreich nehme das Fachhochschulwesen ein. An der Fachhochschule Krems würden derzeit rund 1.970 Studierende aus 47 Ländern studieren. Die Fachhochschule St. Pölten verzeichne derzeit 1.800 Studenten aus 20 Ländern und die Fachhochschule Wiener Neustadt rund 3.000 Studierende aus 40 Ländern.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) sprach von einer beispielhaften Wissenschafts- und Forschungsinitiative des Landes Niederösterreich. Man habe sehr konkret gehandelt, und zwar ganz unter dem Motto „Von rauchenden Schloten zu rauchenden Köpfen“. Als sehr wichtig bezeichnete er die Schaffung einer eigenen Abteilung für Wissenschaft und Forschung, die mit ihrer Arbeit bereits begonnen habe.

Die Gruppe 2 wurde mit Mehrheit angenommen. Die Resolutionsanträge betreffend Abschaffung der Landes- und Bezirksschulräte, Deutsch nicht nur Unterrichtssprache sondern Schulsprache und Nein zu Türkisch als Maturasprache) fanden keine Mehrheit, der Resolutionsantrag betreffend Keine Schließung des BRG Wiener Neustadt wurde mit Mehrheit angenommen, der Resolutionsantrag betreffend Bildungsmix für die Region Waldviertel wurde abgelehnt.

Gruppe 3

Kunst, Kultur und Kultus

In der Gruppe 3 sind Ausgaben von 111,16 Millionen Euro und Einnahmen von 1,84 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) betonte, die Förderung von Kunst und Kultur nehme in einer modernen Gesellschaft einen besonderen Stellenwert ein. Die Kulturförderung löse auch volkswirtschaftliche Impulse aus. Eine wesentliche Säule der niederösterreichischen Kulturaktivitäten seien die Betriebe der NÖ Kulturwirtschaft, wie etwa das Musikfestival Grafenegg oder die Schallaburg. Die NÖKU beschäftige im Schnitt rund 800 Mitarbeiter, rund um die NÖKU würden rund 2.600 Arbeitsplätze geschaffen bzw. abgesichert. Das NÖ Kulturmodell finde auch international Beachtung und Anerkennung.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) kritisierte, dass in dieser Gruppe der Rechnungsabschluss 2010 vom Voranschlag 2010 abweiche. Seine Fraktion sei sich der Bedeutung von Kunst, Kultur und Kultus durchaus bewusst. Er kritisierte, dass die zeitgenössische Kunst auf die aktuellen Werte in der Gesellschaft keine Rücksicht nehme. Weiters kritisierte er die Förderungen für Arnulf Rainer und Hermann Nitsch. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Antrag** betreffend Senkung des Budgetansatzes in der Gruppe 3 ein.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) meinte, Niederösterreich habe sich zu einer Modellregion für die Kultur in Europa entwickelt, was sich besonders bei der Musik zeige. Träger dieser Ausbildung seien die NÖ Musikschulen, die den Nachwuchs für das Musikland Niederösterreich ausbilden. Rund 2.450 Lehrerinnen und Lehrer würden in den NÖ Musikschulen Arbeit finden und das kreative Potenzial in Niederösterreich fördern. Die Musikschulen seien aus der Vielfalt der heimischen Musiklandschaft nicht mehr wegzu-

denken und Niederösterreich könne stolz sein auf die vielen Freiwilligen, die in diesem Bereich tätig seien.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, Niederösterreich sei im Bereich der Musik toll aufgestellt. Besonders die Operettentage in Blindenmarkt hätten sich in den letzten 21 Jahren gut entwickelt. Blindenmarkt benötige aber einen neuen Turnsaal für die Hauptschule, der in Zukunft multifunktional auch für die Operettentage in Blindenmarkt verwendet werden könne. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Antrag** betreffend Änderung des NÖ Musikschulgesetzes ein.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) machte einen Streifzug durch die Kunst- und Kulturlandschaft in Krems und der Wachau. Wichtig sei, dass kein Erfinder in Niederösterreich verlacht und kein Künstler vertrieben werde. Kunst und Kultur müsse nicht jeder verstehen, aber immer zugelassen werden. Das gestärkte Selbstbewusstsein im Land Niederösterreich sei auch auf die Freiheit der Kunst und auf die vielen Kulturprojekte zurückzuführen.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sagte, Kunst und Kultur wie auch Sport funktioniere in Niederösterreich sehr gut. Nitsch sei mittlerweile einer der bekanntesten Künstler Österreichs und ein Markenzeichen für Niederösterreich. Die Landesausstellung und die Viertelfestivals würden das Angebot in diesem Bereich abrunden. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Änderung der Erwachsenenregelung des NÖ Musikschulplans ein.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) sagte, in Niederösterreich sei das Festivalprogramm durch Musik, darstellende Kunst und Kinosommer mit Leben erfüllt worden. Gerade die Kulturevents seien für den Tourismus unverzichtbar, wovon auch die Wirtschaft im ländlichen Raum profitiere. Besonders Grafenegg habe sich seit dem Jahr 2007 sehr erfolgreich entwickelt. Die Filmförderung des Landes habe großen Anteil am internationa-

len Ansehen des österreichischen Films. Das stärke auch das Renommee des Filmstandortes und der Tourismusdestination Niederösterreich.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) stellte klar, die FP respektiere die Freiheit der Kunst. Die Frage sei aber, ob man gewisse Strömungen auch noch mit Steuergeld fördern müsse. Die Dorferneuerung habe zu sehr viel Positivem in den Regionen beigetragen. Dort, wo es in den Dörfern und Städten ein aktives Leben gebe, dort sei auch der Zusammenhalt noch selbstverständlich.

Abgeordneter Ing. Andreas **P u m** (VP) nannte die dezentrale Kulturförderung einen wesentlichen Teil der NÖ Kulturpolitik. In der Kulturregion Niederösterreich fänden alle Gegensätze von der Volkskultur bis zur zeitgenössischen Kunst Platz. Die flächendeckende Kulturarbeit mit den Musikschulen, den Regionalmuseen, den Filmfestivals etc. sei eine gute Basis für viele weitere Initiativen. Die Kultur in Niederösterreich habe ihren Platz und werde auch angenommen.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) betonte, in Niederösterreich geschehe in der Kultur sehr viel Positives. In Niederösterreich könne man an allen Ecken und Enden Kunst und Kultur genießen. Ihre Fraktion werde der Gruppe aber dennoch nicht zustimmen, weil es mangelnde Transparenz bei sehr hohen Dotationen gebe, und anstatt bereits weltweit anerkannter besser junge Künstler gefördert gehörten.

Abgeordneter Mag. Lukas **M a n d l** (VP) ging auf die Erfolgsgeschichte der NÖ Landesausstellungen ein, die zum Tourismus und zur wirtschaftlichen Belebung, aber auch immateriell zur Identität des Landes beitragen. Es sei richtig, wenn Niederösterreich hier sehr viel investiere, weil sehr viel zurückkomme.

Dritter Präsident Alfredo **R o s e n m a i e r** (SP) erteilte Klubobmann Waldhäusl für einen Zwischenruf einen Ordnungsruf.

Bei der folgenden Abstimmung blieben der Abänderungsantrag (Senkung des Budgetansatzes in der Gruppe 3) sowie die beiden Resolutionsanträge (Änderung des NÖ Musik-

schulgesetz und Änderung der Erwachsenenregelung des NÖ Musikschulplans) in der Minderheit. Die Gruppe wurde mit VP-Mehrheit angenommen.

Die Berichterstattung wird morgen, 16. Juni, mit der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung – fortgesetzt.